



c/o Postfach 3524, 24034 Kiel

An das  
Innenministerium Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel

Es schreibt Ihnen  
Mark Proch

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum  
19.10.2015

## Offener Brief an das Innenministerium Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Innenminister,

als Ratsherr der Stadt Neumünster wende ich mich in großer Sorge an Sie. In meiner Heimatstadt sind derzeit in der Zentralen Aufnahmestelle „Am Haart“ über 5.000 Asylanten untergebracht, hinzu kommen unbegleitete jugendliche Asylanten, die dezentral untergebracht werden und, nach dem die Sonderregelung gekippt wurde, zusätzlich noch eine bisher unbekannte Zahl von dauerhaft unterzubringenden Personen, die von den Zentralen Erstaufnahmestellen an die Stadt Neumünster zugewiesen werden. Wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass im nahegelegenen Boostedt, das zum direkten Einzugsgebiet von Neumünster zählt, weitere 2.000 Asylanten untergebracht werden, wird deutlich welcher soziale Brennstoff hier in der Region vorhanden ist. Da hilft es auch nicht, wenn Sie, lieber Herr Minister, ständig von „Willkommenskultur“ faseln und die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung hervorheben.

Als NPD-Ratsherr habe ich immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der einheimischen Bevölkerung und kann Ihnen versichern, dass es in großen Teilen der Bevölkerung kräftig brodelt. Regelmäßig sprechen mich Anwohner, die Rund um die zentrale Erstaufnahmeunterkunft wohnen, an und klagen mir ihr Leid. Geklaute Fahrräder und Bekleidungsstücke von der Wäscheleine sind noch die geringsten Probleme, die sich durch die Massenunterbringung der Asylanten ergeben. Viele Anwohner haben Angst im Dunkeln auf die Straße zu gehen. Haben Sie mal das Gespräch mit diesen, verängstigten Anwohner gesucht oder sind ihnen medienwirksame Besuche von Asylantenheimen und gemeinsame Pressefotos mit Asylanten wichtiger?

Vor einigen Wochen kam es in der Zentralen Aufnahmestelle „Am Haart“ zu einer Massenschlägerei. Der Holsteinische Courier berichtete über einen Streit an der Essenausgabe. Kennen Sie die wirklichen Hintergründe? Ist es nur ein Zufall, daß es am gleichen Tag eine Auseinandersetzung um eine



NPD Schleswig-Holstein  
Postfach 3524  
24034 Kiel



ePost info@npd-sh.de  
www npd-sh.de



Bankverbindung:  
Sparkasse Lübeck  
BLZ: 230 501 01  
Konto: 550 32 89



afghanische Staatsflagge gab oder wurden hier politisch/religiöse Streitigkeiten aus den Heimatländern auf deutschen Boden fortgeführt?

Wenn Sie auch für die Einheimischen ein offenes Ohr hätten, könnten sie vermutlich noch ganz andere Dinge erfahren. So soll es bereits zu einer Vergewaltigung einer Putzfrau in der Asylantenunterkunft „Am Haart“ gekommen sein. Einige Anwohner berichteten mir unabhängig von einander über fast tägliche Polizeieinsätze. Wieso wird darüber nicht berichtet? Haben sie Angst, dass die Stimmung in der Bevölkerung kippen könnte?

Deutlicher wird hingegen der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Er beklagt sich über „*knallharte kriminelle Strukturen*“ in einigen Flüchtlingsunterkünften. Die meisten Gewalttaten ereigneten sich zwischen muslimischen Gruppen, so Wendt. „*Da kämpfen Sunniten gegen Schiiten, da gibt es unterschiedlichste Salafisten*“, die versuchten, ihre Regeln durchzusetzen.

Nehmen Sie diese Aussagen ernst und was unternehmen Sie, um Auseinandersetzungen von militanten Islamisten Auseinandersetzungen zu verhindern? Was passiert mit Asylanten, die hier kriminell werden? Wenn man berücksichtigt, dass ein Haftplatz täglich 100 Euro kostet, ist es doch der blanke Hohn, wenn diese Kriminellen ihre Haftstrafe auf Kosten der Steuerzahler hier bei uns absitzen dürfen. Wer wirklich politisch Verfolgt ist, müsste doch dankbar sein, hier aufgenommen zu werden und muß sich daher an die Regeln seines Gastlandes halten. Wer das nicht kann und hier kriminell wird, muß daher konsequent abgeschoben werden.

Warum hat das Innenministerium dazu keine konsequente Haltung? Es dürfte Ihnen doch bekannt sein, dass nicht einmal 25% der ausreisepflichtigen Asylanten überhaupt abgeschoben werden und sich in Deutschland 600.000 abgelehnte Asylbewerber aufhalten. Wenn das Asylrecht nicht konsequent umgesetzt wird, ist das Rechtsbruch. Und wenn Sie, lieber Herr Minister, nicht bereit sind geltendes Recht konsequent umzusetzen, dann sollten Sie Ihren Hut nehmen. Sie haben in ihrem Amtseid geschworen, Ihre „*Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seine Freiheit zu verteidigen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein zu wahren*“.

### **Alles nur leere Worte, Herr Minister?**

Doch zurück zum eigentlichen Problem. Was unternehmen Sie, um die Sicherheit der Anwohner weiterhin sicherzustellen? Sind mehr Polizeistreifen rund um die Asylantenunterkunft vorgesehen? Ich gebe Ihnen einen gut gemeinten Ratschlag. Nehmen Sie die Ängste und Sorgen der Anwohner ernst. Wie schwer es ist, die Anwohner zu beruhigen, wenn das Fass erst einmal übergelaufen ist, verdeutlichen auch die Ausschreitungen in Heidenau. Solche Szenen möchte ich in meiner Heimatstadt Neumünster nicht erleben. Es liegt also an Ihnen, lieber Herr Minister, durch eine umsichtige Asylpolitik, die nicht nur das Wohl der Asylsuchenden, sondern vor allem auch die Ängste und Nöte der Anwohner berücksichtigt, die Wogen zu glätten.

Mit besten Grüßen

Mark Proch

NPD-Ratsherr Neumünster